

Bebauungsplan der Ortsgemeinde HÜFFELSHEIM Teilgebiet "Vor Hamm" (An der Norheimer Straße), Flur 17

Anlage

M. 1:1.000

TEXTFESTSETZUNGEN

BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung - § 9(1)1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO -

Das Plangebiet wird als Allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt. Die Regelungen des § 4 BauNVO gelten unverändert.

Maß der baulichen Nutzung - § 9(1)1 BauGB i.V.m. 18 BauNVO -

Es sind max. 2 Vollgeschosse zulässig.

Private Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Ersatzflächen) i.V.m. Anpflanzungen - § 9(1)20, 25 BauGB -

Die Flächen sind als extensiv Wiese mittlerer Standorte zu entwickeln und mit Hochstämmen aus traditionellen und heimischen Obstbaumsorten mit einem Stammumfang von 12-14 cm zu bepflanzen. Pro 100 m² Wiesenfläche ist ein Hochstamm zu pflanzen. Der Pflanzabstand zwischen den Hochstämmen soll mind. 8,0m betragen.

Zuordnungsfestsetzung - § 9(1a)Satz2 BauGB -

Die Ersatzfläche E1 sowie die auszuführenden Pflanzmaßnahmen sind der Eingriffsfläche A zugeordnet.
Die Ersatzfläche E2 sowie die auszuführenden Pflanzmaßnahmen sind der Eingriffsfläche B zugeordnet.

BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN - § 9(4) BauGB i.V.m. § 88(1) LBauO -

Dachneigung

Für Hauptgebäude wird eine Mindestdachneigung von 20° festgesetzt.

HINWEISE, ohne Festsetzungscharakter

Funde i.S.d. § 16 DSchPflG müssen unverzüglich gemeldet werden (§ 17 DSchPflG).

Fund und Fundort sind in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 18 DSchPflG).




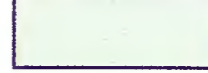

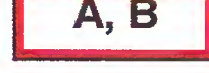
Belebter Oberboden ist zu Beginn aller Erdarbeiten entsprechend DIN 18915 abzuschieben, zwischenzulagern und nach Abschluss der Bauarbeiten wieder einzubauen.

Es wird empfohlen, Niederschlagswasser von den Dachflächen in Zisternen aufzufangen und als Brauchwasser zu verwenden.

RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO - Baunutzungsverordnung) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).
- Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365)
- Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitpläne und Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990-PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. Jahrg. 1991, Teil I S. 58).
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081).
- § 17 des Landespflegegesetzes (LPflG) i.d.F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.06.94 (GVBl. S. 280).
- § 50 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) i.d.F. vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.07.1995 (BGBl. I S. 930).
- § 17 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12.02.1990 (BGBl. I S. 205).

PLANZEICHEN

-  schwarze Linie: Kartierung
-  Grenze räumlichen Geltungsbereiches
-  Baugrenzen, überbaubare Grundstücksflächen
-  nicht überbaubare Grundstücksflächen
-  Ersatzflächen
-  Eingriffsflächen

VERFAHRENSVERMERKE

Ausstellungsbeschluss vom 17.10.2000
Der Ortsbürgermeister

Der Bebauungsplan hat nach Beschluss durch den Gemeinderat vom 01.03.2001 in der Zeit vom 04.2001 bis einschließlich 05.2001 nach § 3 BauGB ausgelegen.
Der Ortsbürgermeister

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 des Baugesetzbuches am 16.06.2001 vom Gemeinderat als Satzung beschlossen.
Der Ortsbürgermeister

in Kraft getreten mit der Bekanntmachung vom 19.07.2001

Ausfertigungsvermerk:
Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt. Die ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 BauGB wird unverzüglich durchgeführt.

Hüffelsheim, 16.07.2001
Ort, Datum

Unterschrift (Amtsbezeichnung)

